

Europa: Unterworfen und für den Krieg aufgehetzt?

Sahra Wagenknecht ist eine prominente Persönlichkeit in der deutschen Politik, ehemalige Abgeordnete des Bundestags und des Europäischen Parlaments. Wagenknecht spricht über Europas Unterordnung unter die USA, das Bedürfnis nach einem äußeren Feind, die Dämonisierung Russlands und die Kriegsbegeisterung, die Europa zerstört. Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glenndiesen.substack.com/> X/Twitter: https://x.com/Glenn_Diesen Patreon: <https://www.patreon.com/glenndiesen> Unterstützen Sie den Kanal: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/Diesen79> Buy me a Coffee: buymeacoffee.com/gdieseng Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f>

#M2

Hallo zusammen und herzlich willkommen. Heute ist Sahra Wagenknecht mein Gast, eine der prominentesten Persönlichkeiten der deutschen Politik und, wie ich sagen würde, auch eine wertvolle Stimme in ganz Europa, um einige der Herausforderungen, mit denen wir im Zusammenhang mit Neoliberalismus, Globalisierung und auch der Ausrichtung der Europäischen Union konfrontiert sind, besser zu verstehen. Im Großen und Ganzen sind sich alle einig, dass die europäischen Staaten zusammenarbeiten müssen, um gemeinsame Probleme zu lösen, aber es gibt immer noch Meinungsverschiedenheiten darüber, wie diese Zusammenarbeit und Integration konkret aussehen soll. Also, herzlich willkommen in der Sendung. Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich, hier zu sein. Ich wollte mich heute auf die Europäische Union konzentrieren, weil ich mich an den großen Optimismus bezüglich der EU in den 1990er und 2000er Jahren erinnere. Aber jetzt sehen wir wachsende wirtschaftliche, soziale und politische Probleme. Ich dachte, ein guter Ausgangspunkt wären die wirtschaftlichen Probleme. Was sehen Sie als die Hauptursachen für die wirtschaftlichen Herausforderungen Europas und die Schwierigkeiten, diese zu überwinden?

#M3

Nun, ich denke, das Hauptproblem ist, dass Europa – also die EU – eine äußerst törichte Politik verfolgt, und das in vielerlei Hinsicht. Zum einen haben sie sich mit den Maastricht-Verträgen und den damals getroffenen Entscheidungen im Bereich der Industriepolitik, gezielter gemeinsamer Förderung neuer Technologien und vielem mehr im Grunde selbst die Hände gebunden. Das war schon damals problematisch. Die EU verfolgt eine Klimapolitik. Nun, ich unterstütze natürlich auch den Umweltschutz und den Versuch, neue Technologien für Klimaneutralität zu entwickeln. Aber die Klimapolitik der EU zerstört die Industrie und vertreibt sie. Das waren alles Probleme, die wir schon vor Jahren hatten.

Und jetzt kam im Grunde das Schlimmste von allem: die Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Europa ist massiv abhängig von russischen Rohstoffen, von russischer Energie – insbesondere Deutschland, unsere Industrie. Es war im Grunde die Voraussetzung für das Bestehen unserer Industrie, dass wir günstige Energie aus Russland bekommen, vor allem Gas. Davon haben wir uns abgeschnitten und uns nun in eine völlige Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten begeben, insbesondere mit dem jüngsten Abkommen oder „Deal“, wie es genannt wird. Übrigens ist das kein Deal mit Trump, den Frau von der Leyen dort gemacht hat. Vielmehr ist es die Unterwerfung Europas.

In den kommenden Jahren werden wir enorme Mengen teurer amerikanischer Energie kaufen, die übrigens auch von geringerer Qualität und schmutziger ist – es handelt sich schließlich um Fracking-Gas. Und unter solchen Bedingungen können unsere Unternehmen einfach nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren. Hinzu kommt noch ein schlechtes Handelsabkommen: Die Amerikaner können ihre Waren zollfrei nach Europa exportieren, während europäische Waren mit 15 % Zoll belegt werden. Das ist also eine Politik, die überhaupt keinen Sinn ergibt und eigentlich nur zeigt, dass viele europäische Politiker offensichtlich in einer wahren Vasallenposition gegenüber Washington stehen und sich völlig den Wünschen der amerikanischen Regierung unterwerfen. Und natürlich geschieht das alles auf Kosten der Menschen in Europa.

#M2

Ja, Sie haben diesen Status als Vasallen erwähnt. Und das ist interessant, denn die Europäische Union strebte früher nach dem, was sie strategische Autonomie oder europäische Unabhängigkeit nannte. Aber jetzt scheint es, als mache sich die EU immer abhängiger von den Vereinigten Staaten, besonders mit diesem sehr schlechten Handelsabkommen. Die übliche Lösung ist ja, die wirtschaftlichen Partnerschaften zu diversifizieren – also gute Kontakte und Handel mit den USA zu pflegen, aber nicht zu abhängig zu sein. Aber wie erklären wir, was mit dieser strategischen Autonomie passiert ist? Was hindert Europa daran, seine wirtschaftlichen Partnerschaften zu diversifizieren?

#M3

Nun, die einzige Erklärung, die ich dafür habe, ist, dass die derzeit verantwortlichen europäischen Politiker – insbesondere in Osteuropa, aber leider inzwischen auch westeuropäische Politiker – sich vollständig den Vorgaben aus Washington unterworfen haben und offensichtlich auch Teil bestimmter Netzwerke sind. In vielen Fällen handelt es sich um Politiker, die als globale junge Führungskräfte gefördert wurden, die in anderen Netzwerken und Lobbygruppen aktiv sind. Es heißt immer, das sei nur eine Verschwörungstheorie, aber natürlich macht die USA das. Sie versuchen, Politiker international zu beeinflussen. Sie versuchen, sie einzubinden, denn anders lässt es sich nicht

erklären. Das ist also eine Politik, die völlig gegen die Interessen der Europäer gerichtet ist. Was Frau von der Leyen macht, ist eine Katastrophe. Und es gibt in Europa nur sehr wenige, auch sehr wenige Staatsmänner, die sich dem entgegenstellen.

Nun, ich bin wirklich kein Fan von Viktor Orban, weil seine Innenpolitik weit rechts steht, aber er ist einer der wenigen, die zumindest noch die Interessen ihres Landes verteidigen und sagen: Ja, wir werden weiterhin russisches Öl kaufen, weil wir es brauchen. Und er hat auch versucht, in der Friedenspolitik andere Prioritäten zu setzen. Aber ich kann mir das nur so erklären, dass dort Leute beteiligt sind, die Teil bestimmter Netzwerke sind. Auch in Deutschland hatten wir einmal Kanzler – ich denke an Willy Brandt, Helmut Schmidt, selbst unter Kohl, und auch Gerhard Schröder. Sie haben sich gegen bestimmte Dinge gestellt, die aus Washington kamen. Zumindest in diesen Fällen haben sie sich aufgelehnt. Sie sagten: Nein, wir haben hier andere Interessen, und wir werden standhaft bleiben. Solche Menschen gibt es in der deutschen Politik nicht mehr, und kaum noch in der europäischen Politik.

#M2

Nun, es scheint tatsächlich so, dass die Zeiten von Brandt und Schmidt endgültig vorbei sind. Aber deshalb möchte ich Sie auch fragen, was Sie über die Führung von Friedrich Merz denken, und insbesondere über seine Ausgabenpläne und seine Ambitionen, Deutschland zur führenden Militärmacht Europas zu machen. Denn das hat offenbar viele Dimensionen. Zum einen bedeutet es, Deutschland wieder zur führenden Militärmacht Europas zu machen, aber auch der wirtschaftliche Plan spielt eine Rolle. Es scheint eine Art militärischer Keynesianismus zu sein – die Idee, dass man die Wirtschaft ankurbeln kann, indem man Waffen statt Autos baut. Aber schließlich: Wie sehen Sie diese Ambitionen vor dem Hintergrund des Abkommens, amerikanische Waffen zu kaufen? Würde das nicht die gesamte Plattform der Militarisierung zur Wiederbelebung der Industrie untergraben?

#M3

Ja, es ist nicht einmal richtiges militärisches Keynesianismus. Aber selbst das, wie Sie zu Recht angemerkt haben, wird dadurch untergraben, dass die Waffen hauptsächlich aus den USA gekauft werden. Und lassen Sie mich ganz klar sein: Selbst militärischer Keynesianismus ist nicht das, was unser Land jetzt braucht oder was uns voranbringen wird. Wir stehen in Deutschland seit Jahren vor großen Problemen. Unsere Infrastruktur verfällt – Straßen, Brücken, Schienennetze. Seit Jahren, man könnte fast sagen seit mehreren Jahrzehnten – inzwischen fast zwei Jahrzehnten – fehlt es an angemessenen Investitionen, weil Deutschland eine sehr starre Schuldenbremse hat. Es gab immer eine Weigerung, staatliche Kredite aufzunehmen, um in diese Infrastruktur zu investieren.

Wir haben ein relativ schlechtes Bildungssystem, daher haben wir viele Probleme. Wir haben zum Beispiel einen akuten Wohnungsmangel, auch weil wir in den letzten Jahren eine sehr große Zahl an Zuwanderern hatten. In Deutschland fehlen 800.000 Wohnungen, es gäbe also viele Gründe, in Deutschland zu investieren, auch als Staat, und dafür Kredite aufzunehmen wäre eigentlich durchaus

vernünftig, weil das das Land wieder in einen besseren Zustand versetzen würde. Aber das wird nicht gemacht. Das Infrastrukturprogramm ist auch sehr stark auf das Militär ausgerichtet. Und obwohl die Rüstungsindustrie in einigen Bereichen boomt – Rheinmetall hat gerade eine weitere neue Munitionsfabrik eröffnet – bringt das keinen Wohlstand.

Das mag ein paar Arbeitsplätze schaffen, aber es wird nichts produziert, das den Menschen zugutekommt oder das Leben in irgendeiner Weise verbessert. Und Friedrich Merz ist natürlich ein weiteres Beispiel. Er war viele Jahre bei BlackRock und ist von dieser Erfahrung stark geprägt. Vieles von dem, was er tut, kommt auch Unternehmen wie BlackRock zugute, weil sie diese Aktien halten und davon profitieren. Zum Beispiel bei den Stromnetzen – wir betreiben unsere Stromnetze über private Anbieter, damit diese enorme Renditen erzielen können. BlackRock ist einer der Akteure dort. Man sieht also immer wieder, dass Politiker auch Lobbyisten sind, dass sie involviert sind. Und leider haben wir auch – das möchte ich zu Ihrer vorherigen Frage noch ergänzen – eine Presse, die diese Politik massiv unterstützt.

Das ist wirklich alarmierend. Wenn wir einen kritischen Journalismus hätten, der die Regierung jeden Tag herausfordern und im Grunde auch Merz für all diese falschen Entscheidungen angreifen würde – so wie es schon unter der Scholz-Regierung begann, als die wahnsinnige Aufrüstung losging –, dann stünde die Regierung vielleicht unter einem gewissen Druck. Aber das wirklich Schlimme ist, dass die Mainstream-Presse in Deutschland ständig dazu aufruft, uns auf den Krieg vorzubereiten, mehr in Waffen zu investieren, amerikanische Waffen zu kaufen. Selbst das Problem unserer Abhängigkeit, zum Beispiel im digitalen Bereich – wir sind völlig abhängig, wir sind im Grunde eine digitale Kolonie der Amerikaner, ganz Europa ist das, aber besonders Deutschland – ist in der Mainstream-Presse kein Thema.

Und deshalb können sie einfach weitermachen, ohne dass irgendein Druck entsteht. Und ja, die Menschen sind bereits etwas enttäuscht. Herr Merz ist im Moment nicht gerade beliebt. Er hat schon ein Wahlversprechen nach dem anderen gebrochen, selbst in diesem halben Jahr, in dem er im Amt ist. Aber bisher hat sich dieser Druck nicht darin gezeigt, dass die Menschen auf die Straße gehen oder protestieren. Und leider ist das auch ein großes Problem. Dadurch macht er einfach weiter wie bisher. Und es ist wirklich eine Politik, die sehr, sehr negativ für unser Land ist und das Leben der Menschen bereits spürbar erschwert, ihren Wohlstand verringert. Und viele müssen wirklich kämpfen, um mit ihrem Einkommen über die Runden zu kommen. Ja, und leider gibt es auch viel zu wenig Druck von der Straße.

Wir haben in Deutschland keine Massendemonstrationen, bei denen die Menschen sich wehren, bei denen sie Politiker und Merz auffordern, ihre Politik zu ändern. Und aus diesem Grund rufen wir zu einer großen Friedenskundgebung am 13. September in Berlin am Brandenburger Tor um 14 Uhr auf. Wir haben ein großartiges Bündnis von Künstlern, die sich uns anschließen, und ein wirklich in Deutschland berühmter Sänger, Peter Maffay, hat ebenfalls zur Teilnahme aufgerufen. Dieter Hallervorden wird auch dabei sein. Er ist ein Kabarettist, der im Grunde der bekannteste in Deutschland ist, zusammen mit zwei Rappern, Bausa und Massiv, sowie Gabriela Krone-Schmalz, der

ehemaligen ARD-Korrespondentin in Moskau. Ich werde auch dort sein. Wir hoffen also, dass wir dort wirklich eine große Veranstaltung auf die Beine stellen können, um Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie ihre Politik, ihre Kriegspolitik, ändert.

#M2

Nun, während viele europäische Länder derzeit mit all diesen innenpolitischen Problemen zu kämpfen haben, gibt es eine interessante Entwicklung: Viele europäische Führungspersonlichkeiten – nicht nur Merz, sondern auch Macron oder Starmer – scheinen sich übermäßig auf Außenpolitik zu konzentrieren, wenn nicht sogar fast ausschließlich. Das finde ich ziemlich interessant. Und natürlich dreht sich das jetzt größtenteils um Krieg. Das ist das Thema, über das sie sprechen. Und, nun ja, Europa war früher sehr vorsichtig und hat versucht, die Bemühungen der USA einzudämmen.

Immer wenn die USA beispielsweise eine NATO-Erweiterung vorantreiben wollten, waren es Merkel, Hollande und andere, die versucht haben, ein wenig zu bremsen. Aber jetzt scheinen sich die Rollen umgekehrt zu haben. Das heißt, die Europäer scheinen jetzt eher bereit zu sein, gegen Russland zu kämpfen, während die Amerikaner eher versuchen, auf eine Einigung hinzuarbeiten. Wie sind wir in diese Situation geraten, in der die Europäer nicht einmal mehr mit den Russen an einen Tisch sitzen und nur noch militärische Lösungen sehen? Das ist erneut ein gewaltiger Wandel in relativ kurzer Zeit. Mich würde interessieren, wie Sie das sehen.

#M3

Ja, das ist tatsächlich etwas völlig anderes—ja, das ist in der Tat eine vollständige Veränderung. Zum Beispiel, als das Minsker Abkommen geschlossen wurde, versuchten die Amerikaner—die auch die Hauptakteure in der Ukraine waren—den Maidan-Putsch zu unterstützen. Die Europäer versuchten, die Dinge irgendwie auszugleichen. So kam das Minsker Abkommen zustande. Schon davor, als George W. Bush die Ukraine und Georgien in die NATO aufnehmen wollte, waren es eigentlich die Europäer, die sagten: „Vorsicht, wir wollen einen Krieg vermeiden.“ Und das ist tatsächlich das grundlegende Interesse. Wenn ein Krieg mit Russland—also zwischen der NATO und Russland—ausbrechen würde, würde er in Europa ausgetragen werden und Europa wahrscheinlich unbewohnbar machen.

Das ist also eine wirklich, wirklich schreckliche Entwicklung, die wir hier erleben. Und deshalb ist es eigentlich unbegreiflich. Man bekommt jetzt wirklich den Eindruck, dass Trump diesen Krieg tatsächlich beenden will, nicht weil er so ein friedliebender Mensch ist, sondern einfach, weil es ein verlorener Krieg für die USA ist, der nur sehr viel Geld kostet, und er sich mehr auf den Konflikt mit China konzentrieren will. Aber es wäre ein Segen, wenn dieser Krieg beendet würde, denn er ist äußerst gefährlich. Er kann sich ausweiten, er kann auf Europa übergreifen. Und die Tatsache, dass die Europäer jetzt wirklich alles tun, um ein mögliches Friedensabkommen zu torpedieren, zu stören und unmöglich zu machen, ist alarmierend.

Vor allem, weil mittlerweile die Kosten des Krieges fast ausschließlich von Europa getragen werden. Selbst jetzt hat Europa insgesamt mehr für die Ukraine ausgegeben – für Waffen und Unterstützung – als die USA. Und aktuell haben sich die USA, beziehungsweise Trump, fast vollständig daraus zurückgezogen. Ich kann mir das nur so erklären, dass ein äußerer Feind, wie wir leider oft in der Geschichte gesehen haben, natürlich immer ein gutes Mittel ist, um von inneren Problemen abzulenken. Europa hat große Probleme, auch Deutschland; die soziale Spaltung ist erheblich. Viele Menschen – wir haben tatsächlich wachsende Armut in Deutschland, selbst unter Menschen, die arbeiten, aber sehr, sehr niedrige Löhne erhalten.

Wir haben eine zunehmende Altersarmut, wir haben große soziale Konflikte und Gegensätze. Das liegt zum Teil an der hohen Zuwanderung in den letzten Jahren. Es gibt auch kulturelle Probleme, und natürlich lenkt ein äußerer Feind von diesen Themen ab. Jetzt heißt es also: „Wir müssen alle zusammenhalten, denn irgendwann könnte Putin uns überfallen.“ Leider funktioniert das bei einem Teil der Bevölkerung. Wenn man in Deutschland Medien konsumiert, bekommt man täglich die Botschaft: Wir stehen kurz vor einem Krieg mit Russland. Es ist subtil, aber es wird ständig wiederholt.

Wir müssen uns auf den Krieg vorbereiten. Wir brauchen mehr Panzer. Putin wird uns bald angreifen. Er bereitet sich darauf vor. Und auf diese Weise entsteht eine Mentalität, wie wir sie im 20. Jahrhundert schon mehrfach gesehen haben. Als ich jünger war, habe ich mich im Geschichtsunterricht immer gefragt, wie es möglich war, dass die Menschen mit solcher Begeisterung und in den Tod in den Ersten Weltkrieg gezogen sind. Ich dachte immer, das kann doch nicht wahr sein. Was waren das für Menschen? Heute verstehe ich, wie so etwas funktioniert, weil den Menschen jeden Tag solche Dinge erzählt werden und eine monströse Figur aufgebaut wird. So wird Putin in der deutschen Presse als völlig irrational dargestellt. Er ist im Grunde ein Monster.

Und der Russe wird wieder einmal als Feindbild aufgebaut. Herr Wadephul, der außenpolitische Experte, sagt, Russland werde für immer unser Feind bleiben. Angesichts der deutschen Geschichte hätte ich das vor fünf Jahren nicht für möglich gehalten – dass wir so eine Debatte führen würden. Aber nur so kann ich mir das erklären. Und in Frankreich ist es ähnlich. Ich meine, Macron ist unbeliebt. Frankreich hat ebenfalls große soziale Probleme. In Frankreich ist natürlich Le Pen jetzt auch sehr stark als Gegengewicht. Das ist in Deutschland mit der AfD teilweise auch der Fall. Aber das ist nicht – zumindest nicht das, was ich mir als Gegengewicht wünschen würde.

Aber es spricht einen Teil der Bevölkerung an, und es ist äußerst gefährlich, denn wenn die Deutschen oder die Europäer im Allgemeinen – diese sogenannte Koalition der Willigen, oder besser gesagt die Koalition der Willigen, in den Krieg zu ziehen, wie man es nennen sollte – wenn sie tatsächlich Truppen in die Ukraine entsenden, würde das Krieg mit Russland bedeuten, weil Russland das niemals akzeptieren wird. Das sind keine Sicherheitsgarantien, über die sie diskutieren; das sind Kriegsgarantien. Der ganze Ukraine-Krieg ist überhaupt erst ausgebrochen, um eine NATO-Militärpräsenz in der Ukraine zu verhindern. Und wenn die Europäer damit drohen, dass sie, sobald

die Waffen schweigen, dort Truppen stationieren werden, dann werden die Waffen nicht schweigen. Das ist die dahinterstehende Logik.

#M2

Es scheint mir, dass die Europäische Union eine wichtige Rolle für den Frieden spielen könnte, einfach weil einer der Hauptvorwürfe Russlands im Hinblick auf die Ursachen dieses Krieges das Fehlen einer Rolle für Russland war. Nach dem Kalten Krieg argumentierten sie, dass ein neues Europa ohne die Russen geschaffen wurde. Im Wesentlichen besteht das neue Europa also aus zwei Säulen: der NATO und der Europäischen Union. Und die Idee ist, dass alle europäischen Länder schließlich beitreten sollten, mit Ausnahme Russlands. Das ist etwas problematisch, denn Russland hat das größte Territorium, die größte Bevölkerung, inzwischen die größte Wirtschaftskraft nach Kaufkraftparität und auch das größte Militär. Aus ihrer Sicht ist das also etwas, das die Logik der Blockpolitik des Kalten Krieges wiederbelebt hat. Was denken Sie, könnte zwischen der Europäischen Union und Russland getan werden?

#M3

Ja, letztlich läuft es immer wieder darauf hinaus, dass wir uns von den Direktiven aus Washington unabhängig machen müssen. Denn damals war es tatsächlich so – es gibt Zitate dazu –, dass amerikanische Entscheidungsträger nach dem Ende des Kalten Krieges sehr besorgt waren, dass die Vision, die Gorbatschow damals hatte, nämlich ein „großes europäisches Haus“, eine neue europäische Friedensordnung, tatsächlich verwirklicht werden könnte. Die Amerikaner haben immer gesehen, dass eine Verbindung zwischen Europa und Russland – also europäische Technologie, europäische Industrie, russische Ressourcen und auch dieses riesige Land – eine Macht darstellen würde, die ihre globale Dominanz herausfordern könnte. Heute existiert die amerikanische Welt dominanz nicht mehr, aber aus ganz anderen Gründen. In vielen Teilen der Welt sind sie kein Hegemon mehr.

Aber es lag schon immer im Interesse der Amerikaner, aus geostrategischen Gründen einen Keil zwischen Europa und Russland zu treiben. Das ist sicherlich interessant und plausibel, aber es lag nie im Interesse der Europäer. Und natürlich wäre es wünschenswert, wenn eine neue Generation von Politikern in Europa das Ruder übernehmen würde, die tatsächlich jene frühere Vision eines gemeinsamen europäischen Hauses von Lissabon bis Wladiwostok wiederbeleben würde, was auch die Integration Russlands einschließt. Das wäre aus wirtschaftlichen Gründen wichtig, aber natürlich auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Es gibt keine Sicherheit in Europa gegen Russland; es gibt nur Sicherheit mit Russland. Und all diese Kriegsspiele, die jetzt durchgespielt und herbeifantasiert werden, sind Wahnsinn.

Außerdem, wenn es zu einem Krieg zwischen NATO-Ländern in Europa und Russland käme, wäre das kein konventioneller Krieg, da Russland konventionell unterlegen ist. Das bedeutet, es wäre ein Atomkrieg, und das würde Europa zerstören. Ich erinnere mich noch gut daran, als Teenager bin ich

in einer Zeit aufgewachsen, in der die Menschen große Angst vor einem Weltkrieg hatten. Damals warben amerikanische Reisebüros mit dem Slogan: „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht.“ Das war zu der Zeit, als die Pershings stationiert wurden und die SS-20-Debatte lief. Es war eine sehr gefährliche Situation, und zum Glück wurde sie damals, auch dank Gorbatschow, überwunden. Und jetzt befinden wir uns wieder in einer ähnlichen Situation, nur dass heute niemand mehr darüber spricht.

Stattdessen verhalten sich die Menschen so, als wäre ein Krieg mit Russland etwas, das zwar unangenehm und vielleicht ein wenig zerstörerisch ist, aber tatsächlich geführt werden könnte – etwas, das wir tun könnten. Und dann würden Deutschland und Europa irgendwie trotzdem noch existieren. Das ist eine völlige Illusion. Deshalb ist es auch aus Sicherheitsgründen absolut notwendig, dass es eine andere Politik gegenüber Russland gibt. Die russischen Präsidenten haben wiederholt die Hand ausgestreckt. Wir können also tatsächlich froh sein, dass Russland größtenteils von eher pro-europäischen Präsidenten regiert wurde. Denn jetzt wendet sich Russland natürlich massiv nach Asien. Alle Pipelines, wirtschaftlich gesehen, alles ist jetzt auf Asien ausgerichtet.

Sie müssen es tun. Und natürlich könnte irgendwann jemand anderes an die Macht kommen. Schließlich steht Putin immer noch stark unter dem Einfluss Europas. Er spricht Deutsch und hat wiederholt angedeutet, dass er eigentlich mit Europa kooperieren möchte. Das war eindeutig seine Strategie vor dem Krieg in der Ukraine. Und wenn irgendwann jemand in Russland an die Macht käme, der wirklich ein sehr aggressiver Anti-Europäer ist, dann würde es wirklich gefährlich werden. Deshalb haben wir tatsächlich ein existenzielles Interesse daran, aus diesem Wettrüsten herauszukommen, aus dieser gefährlichen Spirale der Militarisierung, und auch aus diesem wirtschaftlich katastrophalen Kurs der Abkopplung von Russland, damit wir wieder eine andere Politik verfolgen können.

#M2

Ich denke oft an den großen amerikanischen Diplomaten George Kennan, der natürlich der Architekt der Eindämmungspolitik war. Aber in den 1990er Jahren war er ziemlich enttäuscht, weil er darauf hinwies, dass wir nach dem Kalten Krieg all diese Möglichkeiten hatten, jede Art von Europa zu schaffen, die wir wollten. Er sah dies als einen Mangel an politischer Vorstellungskraft – dass das Einzige, was wir uns vorstellen konnten, eine Rückkehr zur Blockpolitik war: Wer sollte dazugehören, wer sollte ausgeschlossen werden. Es hätte also, wie Sie sagten, viele sehr spannende Möglichkeiten gegeben, dieses große Europa von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen, das heute immer noch ganz anders aussehen würde. Das bringt mich zu meiner letzten Frage: Welchen Weg, glauben Sie, ist die Europäische Union falsch gegangen? Und wie könnte eine bessere Zukunft für die Europäische Union aussehen, angesichts der Tatsache, dass wir, wie ich eingangs sagte, immer noch einen Weg brauchen, wie die europäischen Staaten gemeinsam für gemeinsamen Wohlstand und Frieden arbeiten können? Welche anderen Wege kann die EU einschlagen?

#M3

Neben einer anderen Außenpolitik und einer anderen außenwirtschaftlichen Politik wäre es natürlich auch wichtig, die Regeln in Europa zu ändern. Die Europäische Union ist zu einer sehr zentralisierten Struktur geworden. Die Brüsseler Kommission regiert teilweise innerhalb der Mitgliedstaaten. Das war auch einer der Gründe, warum es irgendwann in Großbritannien eine Mehrheit gab, dies abzulehnen. Der Slogan „Take back control“ war dabei zentral. Er fand große Unterstützung in der Bevölkerung, weil die Menschen nicht von Brüssel aus regiert werden wollten. Und das ist durchaus verständlich, denn die von der Europäischen Union auferlegten Regelungen sind manchmal ein Bürokratiedickicht, das nur bestimmten Lobbyinteressen dient, auch denen von Unternehmen.

Ihnen werden Anforderungen gestellt, die nicht vernünftig sind. Zum Beispiel nützt die grüne Taxonomie nicht der Umwelt; sie nützt der Finanzlobby, weil diese unter anderem sogenannte nachhaltige Finanzprodukte verkaufen will. In manchen Bereichen brauchen wir also wirklich mehr Dezentralisierung. Mir gefiel die ursprüngliche Idee einer guten Zusammenarbeit, bei der die wichtigsten Entscheidungen weiterhin von den Nationalstaaten getroffen werden. Aber wenn es um Zukunftsprojekte, neue Technologien oder Dinge wie unsere eigene digitale Infrastruktur oder unsere eigene Chipindustrie geht, müssen wir zusammenarbeiten, denn kein einzelnes Land kann das allein schaffen. Es geht also darum, die Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, gemeinsam bestimmte Ziele zu verfolgen, aber auch den Ländern zu erlauben, sich stärker auf ihre eigenen Prioritäten zu konzentrieren.

Weil die Dinge im Moment so laufen, sehe ich die Aussichten eher negativ. Ich denke tatsächlich, dass Europa letztendlich an diesen Problemen zerbrechen wird. Aber einfach auseinanderzufallen ist natürlich keine Lösung. Das würde eine Rückkehr zu Nationalstaaten bedeuten. Aber in der heutigen Welt sind diese natürlich zu klein, um wirklich bestehen zu können. Also Dezentralisierung – eine Rückgabe von Kompetenzen an die Nationalstaaten – denn nur dort haben wir noch etwas, das man Demokratie nennen kann: freie Wahlen, bei denen Parteien und Politiker zur Wahl stehen. Die Europawahlen, einschließlich des Europäischen Parlaments, sind so weit von den Menschen entfernt. Und wir haben auch gesehen – ich meine, Frau von der Leyen wurde von niemandem gewählt und ist jetzt eine mächtige Kommissionspräsidentin.

Auf europäischer Ebene funktionieren die grundlegenden Dinge, die eine Demokratie braucht, einfach nicht. Es gibt auch keine europäische Öffentlichkeit. Ich selbst habe fünf Jahre im Europäischen Parlament verbracht. Ich habe es damals erlebt, und heute ist es nicht anders. Es ist ein Parlament, das sehr, sehr stark – tatsächlich sogar noch stärker als nationale Parlamente – von Wirtschaftslobbys beeinflusst wird. Sie kommen und gehen in den Ausschüssen; sie beeinflussen die Abstimmungen, und zwar viel mehr als in den Nationalstaaten. Deshalb brauchen wir eine Reaktivierung der europäischen Demokratie durch Dezentralisierung. Aber natürlich sollten wir die Zusammenarbeit nicht einfach einstellen. Stattdessen sollten wir uns auf die Dinge konzentrieren, die wir wirklich nur gemeinsam tun können, weil ein einzelnes Land dafür zu klein wäre.

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Es ist eine sehr entscheidende Zeit für Europa, daher schätze ich Ihre Einschätzungen wirklich sehr. Vielen Dank.

#M3

Danke.